

dient lediglich dem Verkehr. Ich warne Neugierige.“ Abschrecken ließen sich die Berliner nicht: Allein zwischen Februar und April 1910 demonstrierten in der Reichshauptstadt Hunderttausende gegen das preußische Dreiklassen-Wahlrecht.

Allerdings sorgte man sich schon damals um den Sinn von Demonstrationen, die zum alltäglichen Ritual erstarren. Die *Nordostdeutsche Zeitung* schrieb am 24. April 1910: „Die Straßenaufzüge verlieren an ihrer Wucht, wenn sie sich immer nach demselben Schema Sonntag für Sonntag wiederholen.“

Nach dem Zweiten Weltkrieg boomte das Protestgewerbe erst wieder gegen Ende der sechziger Jahre dank der West-Berliner Studentenbewegung. Aus den Kundgebungen der „kleinen, radikalen Minderheit“ (APO-Slogan) wurden in den siebziger Jahren Massenveranstaltungen. Die Friedens- und Frauenbewegung, Umweltschützer und Atomkraftgegner versuchten mit immer größeren Demonstrationen politischen Druck auszuüben.

Nachdem jedoch auch große friedliche Aufmärsche sich angesichts der Demo-Inflation nur als Kurzmeldungen in der Presse wiederfanden, erkannten Demo-Strategen, daß ein paar hundert tatkräftige Autonome, die ein paar Millionen Mark Sachschaden anrichten, mehr Aufmerksamkeit erregen als Zehntausende, die friedlich durch die Straßen spazieren. Radikale Hausbesetzer zettelten deshalb Anfang der achtziger Jahre erfolgreich immer wieder „Randale“ an.

Um rufschädigende Straßenschlachten zu vermeiden, setzte Berlins damaliger Innensenator Erich Pätzold (SPD) das „Deeskalations-Prinzip“ als polizeiliche Methode durch. „Deeskalation ist ein künstlicher Begriff für eine Strategie, die es eigentlich schon immer gab“, sagt Staatsschützer Michael Knape, 44, der heute den Einsatz der geschlossenen Polizeieinheiten in Berlin plant. Gemeint ist das gezielte Vorgehen gegen Straftäter, ohne die Masse der Demonstranten zu stören. „Unsere wichtigste Waffe ist dabei Sprache“, erklärt Knape. „Wir versuchen, unser Handeln transparent zu machen.“

Inzwischen ist das kaum mehr nötig, denn nahezu alle Demonstrationen verlaufen friedlich, und Großdemos sind rar geworden.

Für die Demo-Kultur der neunziger Jahre sind eher solche Manifestationen wie die für die „Lohnforderungen von Angestellten des Café Huthmacher“ typisch: Sechs ehemalige Beschäftigte marschieren seit Monaten immer wieder vor dem Wohnhaus ihres ehemaligen Chefs auf, um ausstehende Löhne in Höhe von 40 000 Mark einzutreiben.

Da schaut dann nur kurz der Kontaktbereichsbeamte vorbei.

Woodstock des Ostens

Die SED hatte die Weltjugendfestspiele 1973 fest im Griff. Potentielle Störer wurden vorsorglich in den Knast oder die Psychiatrie gesteckt.

Die Stimmung im Politbüro war glänzend. Die ostdeutschen Einheitssozialisten feierten den „großen politischen, ideologischen und organisatorischen Erfolg“ der X. Weltjugendfestspiele im August 1973, ausgerichtet vom Parteinachwuchs, der „Freien Deutschen Jugend“.

Der Arbeiter-und-Bauern-Staat hatte sich unter dem neuen Parteichef Erich Honecker so tolerant gezeigt wie nie zuvor. Neun Tage lang durfte die Ostjugend mit Gleichaltrigen aus Bruderländern wie auch aus dem kapitalistischen Ausland sprechen, tanzen und amouröse Solidarität pflegen, so daß der Berliner Volksmund von „Feldbettspielen“ sprach.

Die schönen Tage hatten einen hohen Preis. Hinter dem vermeintlichen Woodstock des Ostens stand die größte Polizeiaktion seit der Niederschlagung des Volksaufstandes im Juni 1953 und dem Mauerbau 1961. Aus Akten in ehemaligen DDR-Archiven ergeben sich jetzt bislang unbekannt Details der Sicher-

* Mit dem 1. Sekretär des Zentralrates der FDJ, Günther Jahn, bei der Eröffnung der Weltjugendfestspiele 1973.



SED-Chef Honecker*
„Störungsfreier Verlauf“



Teilnehmer der Weltjugendfestspiele 1973 in Ost-Berlin: Tolerant wie nie zuvor

heitshysterie. Honecker persönlich hatte den „Plan der Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit während der X. Weltfestspiele“ unterzeichnet. Oberstes Ziel des Generalsekretärs war der „störungsfreie Verlauf“ der sozialistischen Jubelveranstaltung. Ängstlich um das internationale Ansehen der DDR bemüht, gab Staatssicherheitsminister Erich Mielke die Generallinie aus: „Keinen Einsatz von unseren Kräften nötig werden lassen“.

27000 Stasi-Mitarbeiter und 24100 Volkspolizisten patrouillierten auf den Straßen der DDR-Hauptstadt, um möglichst diskret auf die 19136 Delegierten aus aller Welt und die ostdeutschen Festivalbesucher aufzupassen. Man müsse, meinte Mielke, „sich als Tschekist diesmal wie die drei Affen verhalten und trotzdem sehen, hören und richtig und konsequent handeln“.

Vorbeugend griffen Honeckers Häsher schon vor dem Fest zu. 2353 kritische Geister und „kriminell gefährdete Personen“ zitierte die Volkspolizei auf die Dienststuben zum „Gespräch zwecks Verhinderung einer Einreise in die Hauptstadt der DDR, Berlin“. Einigen hundert nahmen sie anschließend den Personalausweis weg –

in der DDR gleichbedeutend mit Ortsarrest.

Wer die „ununterbrochene Sauberkeit auf Straßen und Plätzen“ (Honecker) zu bedrohen schien, wurde verhaftet und im Schnellverfahren abgeurteilt. Zackig meldete die Hauptabteilung Kriminalpolizei, dank ihrer „hohen und ständig steigenden Anstrengungen“ sei es gelungen, allein in Berlin und dem märkischen Umland 2073 „Asoziale“ festzunehmen. Als asozial galt schon, wer nicht regelmäßig arbeiten wollte – im Arbeiterparadies DDR ein Straftatbestand.

„Am besten ist es, die Kranken gar nicht herauszulassen“

In der Festspielwoche erreichte der Sicherheits- und Ordnungswahn seinen Höhepunkt. Stolz meldeten die Staatsschützer Vollzug: Sie hätten „Aktivitäten entwickelt“, um 604 Menschen in psychiatrische Einrichtungen einzuweisen. Mielke hatte Anweisung gegeben, die „operative Kontrolle“ auch auf „zurechnungsunfähige Personen“ auszudehnen. Polizei und Amtsärzte erwiesen sich

meist als willige Komplizen. Ein Mitarbeiter der Abteilung Inneres „kam mit einer Liste zu mir“, erinnert sich beispielsweise Walter Lotze, damals stellvertretender Amtsarzt des Stadtbezirks Berlin-Treptow. Die meisten Fälle kannte der ausgebildete Sozialhygieniker bereits: „Manisch Depressive, Schizophrenie und Alkoholiker“. Doch stationär behandelt werden mußte von ihnen niemand, räumt Lotze ein. Die Liste zeichnete er trotzdem ab, das Entlassungsdatum der zwangsweise eingelieferten Patienten wußte er schon vorher: am 6. August, einen Tag nach dem Ende der Festspiele.

Auch Wolfgang Spinner damals Chef des psychiatrischen St.-Joseph-Krankenhauses in Berlin-Weißensee, bekam Besuch. Amtsarzt Werner Kasperski, von der Stasi jahrelang als Inoffizieller Mitarbeiter unter dem sinnigen Decknamen „Librium“ geführt, teilte dem Klinikchef mit: „Man erwartet, daß es keine Störung gibt. Am besten ist es, die Kranken gar nicht herauszulassen.“

Der Volkspolizei in Weißensee gab Kasperski Blankoformulare für Sofort-einweisungen. So konnten die Vopos selbst entscheiden, wen sie während der Weltfestspiele in ihre Zellen steckten oder lieber in der Klinik abliefern.

„Es wurden diejenigen herausgesucht, die politisch unliebsame Dinge gesagt hatten“, berichtet Wolfgang Wehrmeister, damals Sachbearbeiter bei der Magistrats-Verwaltung von Berlin. Bei einer Frau genügte es, daß „sie in letzter Zeit durch lautes und aggressives Verhalten in der Öffentlichkeit auffällig geworden“ war. „Zum Schutz ihrer Gesundheit“ landete sie für elf Tage im Krankenhaus.

Das, so Sonja Süß, Mitglied der vom Berliner Senat eingesetzten „Kommission zur Aufklärung von Mißbrauch in der Ost-Berliner Psychiatrie“, war „ein Mißbrauch auch nach DDR-Gesetzen“.

Der willfähige Ex-Amtsarzt Lotze mag das Unrecht nicht einsehen. Ihm, meint er treuherzig, sei es nur um „Sicherheit und Ordnung gegangen“ – ganz im Sinne der Partei. In seinem Abschlußbericht zum Festival vermerkte das Politbüro, „feindliche und negative Handlungen“ seien „Einzelperscheinungen“ gewesen. □